

Die Gemeinden stehen an der Front und tragen viele Risiken

Die Gemeinden sind unmittelbar vom «Lockdown» betroffen. Wir haben die Mitglieder des SGV-Vorstands mit Exekutivfunktion in einer Gemeinde um ihre Einschätzung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise gebeten.



Von links: Stéphane Coppey, Monthey (VS), Helene Spiess, Buochs (NW), Gustave Muheim, Belmont-sur-Lausanne (VD), Renate Gautschy, Gontenschwil (AG), Jürg Marti, Steffisburg (BE), Carmelia Maissen, Ilanz/Glion (GR).
Bilder: red./zvg.

Die positive Seite der Krise vorweg: «Die Bedeutung von Gemeinden und Städten in der Bewältigung von Krisen wird hoffentlich besser erkannt. Gemeinden sind kleinräumig, kennen die lokalen Gegebenheiten und ihre Einwohnerinnen und Einwohner am besten», sagt Jörg Kündig, Gemeindepräsident im zürcherischen Gossau und ebenfalls Präsident des Zürcher Gemeindepräsidentenverbands. Stéphane Coppey, Gemeindepräsident von Monthey im Wallis, freut sich über die grössere Solidarität in der Gesellschaft, sein Amtskollege Beat Tinner über den Durchbruch der digitalen Möglichkeiten. «Ich hoffe, dass damit auch die Mobilität reduziert wird – ganz im Sinne der Umwelt», sagt der Gemeindepräsident von Wartau (SG).

«Die Mittel werden nicht reichen»

Insgesamt aber sehen sich die Schweizer Gemeinden mit einer beachtlichen Reihe von Herausforderungen und Problemen konfrontiert. Wie hoch die finanzielle Belastung mittel- und langfristig ausfallen wird, liess sich zum Zeitpunkt der Umfrage (Mitte April) noch nicht abschätzen. Doch Renate Gautschy, Gemeindeamman von Gontenschwil (AG) wie auch Präsidentin der Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau mit seinen 210 Gemeinden, macht sich keine Illusionen: «Ich bin überzeugt, dass die Mittel aus den grossen Unterstützungspaketen nicht reichen werden». Am Schluss würden die Einnahmen fehlen, und die Steuerfüsse in den Gemeinden müssten angehoben werden. Renate

Gautschy sagt: «Ich bin stolz darauf, wie die Gemeinden diese Situation meistern. Aber wir kommen in einen neuen Wirtschaftskreislauf, der zuerst geordnet werden muss».

Knackpunkt Sozialausgaben

Sicher ist für alle Befragten: Vor allem die Sozialausgaben werden in die Höhe schnellen. «Bis sich die Wirtschaft wieder erholt, wird eine Verdoppelung der Sozialfälle erwartet», sagt Helene Spiess, Gemeindepräsidentin von Buochs (NW). Beat Bucheli, Präsident von Werthenstein (LU), erwartet neben steigenden Ausgaben für die wirtschaftliche Sozialhilfe auch Mehrkosten bei der Prämienverbilligung oder der Bevorschussung von Alimenten. «Die Schwächeren haben mehr Mühe, diese Krise zu überstehen», sagt der Luzerner.

Viele Aufwendungen im Sozialbereich erreichten die Gemeinden wohl erst später, zum Teil nach dem Ende der Krise, sagt Jörg Kündig. Dies durch ausgesteuerte Arbeitslose, selbstständige Einzelunternehmerinnen und -unternehmer, die keine Absicherung über die Arbeitslosenversicherung hätten und darum direkt in die Sozialhilfe abrutschten, oder jene Menschen, die nach Vermögensverzehr oder wegfallendem Zusatzeinkommen neu durch Zusatzleistungen finanziert werden müssten. «Unser System schafft neue Armut», warnt denn auch Gustave Muheim, Syndic im waadtländischen Belmont-sur-Lausanne und Präsident des Agglomerationsverbands Lausanne Région. Ausgerechnet die

grössten Stützen der lokalen und regionalen Wirtschaft, die Selbstständigen, rutschten durch die Maschen des sozialen Netzes. «Von ihnen wird verlangt, dass sie zuerst ihr persönliches Vermögen aufbrauchen, bevor sie Anspruch auf Sozialhilfe erheben können. Doch ihr Vermögen haben sie ja in ihr Unternehmen investiert.» Für Gustave Muheim ist klar, dass die Gesetzgebung auf Bundesebene entsprechend angepasst werden muss. «Arbeitslosenbeiträge müssen für alle Werk tätigen möglich sein.»

Knackpunkt Steuerausfälle

Verschärft werden die erwarteten Zusatzbelastungen der Gemeinden im Sozialbereich durch Mindereinnahmen bei den Steuern. «Das wird schmerzhaft», sagt Jean-Michel Karr, Mitglied der dreiköpfigen Exekutive der Genfer Gemeinde Chêne-Bougeries. «Als periurbane Gemeinde werden wir die Folgen der Krise zu tragen haben, ohne die geringste finanzielle Unterstützung des Kantons.» Ob und wie stark eine Gemeinde betroffen ist, hängt laut Beat Bucheli auch «vom Branchenmix ab». Es seien nicht alle automatisch auf der Verliererseite; einzelne Firmen seien mit Aufträgen besser ausgelastet als zuvor. Carmelia Maissen, Gemeindepräsidentin von Ilanz/Glion (GR), erwartet vor allem für Tourismusgemeinden Einbussen sowie für Gemeinden mit wirtschaftlicher Zentrumsfunktion. Die Bündnerin ist aber wie alle anderen Befragten überzeugt, dass letztlich wohl alle Gemeinden die Folgen der Krise spüren werden – bei den Einkom-

menssteuern, den Vermögenssteuern, den Gewinnsteuern, den Tourismussteuern, den Handänderungs- und Grundstücksgewinnsteuern. In Ilanz/Glion werden zudem die Einnahmen aus der Truppenunterkunft wegen der abgesagten Rekrutenschule fehlen, und auch der Forstbetrieb leidet: Die Holzpreise sind wegen der Einschränkungen an den Grenzen zu Italien und Österreich nochmals gesunken.

tionen fehlen. Einerseits kann der «Lockdown» in diesem Bereich nur auf längere Frist hin und nur schrittweise aufgehoben werden, andererseits laufen die fixen Ausgaben der Gemeinden, die zu den grossen Beitragszahlerinnen für kulturelle Einrichtungen gehören, unverändert weiter. Oder aber sie haben, wie Jürg Marti aus Steffisburg (BE) berichtet, den Veranstaltern die Beiträge für die abgesagten Anlässe aus Solidarität

squenzen. Die Spitexorganisationen würden wohl noch länger stark gefordert, in Alters- und Pflegeheimen bestehe die Gefahr von leeren Betten, und auch die Spitäler litten massiv. Kündig sagt: «Überall dort, wo die Gemeinden Restfinanzierer sind, sind sie einem grossen Risiko ausgesetzt».

Knackpunkt Kitas

Ein weiteres grosses Thema für die Gemeinden ist die ausserfamiliäre Kinderbetreuung. Denn die Eltern wurden vom Bundesrat aufgerufen, ihre Kinder selbst zu betreuen, während gleichzeitig die Kindertagesstätten (Kitas) offen bleiben mussten, aber massiv weniger Kinder zu betreuen hatten. In vielen Kantonen sind die Gemeinden für die Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung zuständig. Viele Städte und Gemeinden haben sich finanziell und organisatorisch bereits engagiert, um einen drohenden Konkurs der Kitas als Folge der ausfallenden Elternbeiträge abzuwenden. Die Wirtschaftskommissionen der eidgenössischen Räte haben auf den Hilferuf von Gemeinden, Städten und Kantonen reagiert: Sie verlangen vom Bundesrat, dass er auch die Kitas in die Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise einbezieht. Das ist auch ein Erfolg für den Schweizerischen Gemeindeverband, der sich für diese Forderung stark gemacht hat.

Alles sicherstellen

Die Gemeinden sind in der aktuellen COVID-19-Pandemie gefordert, die Gesundheitsversorgung sowie die Sicherheit und Betreuung der Bevölkerung zu gewährleisten und gleichzeitig die übrigen Dienstleistungen in der Gemeinde sicherzustellen. Dazu gehören auch der Rechnungs- und der Budgetierungsprozess. Von allen Befragten kommt die Rückmeldung, dass der Rechnungsabschluss 2019 fast ohne Verzögerung gemeistert werden konnte, «obwohl die Revisionsarbeiten per Videokonferenz erschwert waren», wie Helene Spiess aus Buochs berichtet. Der Budgetierungsprozess für 2020/2021 ist mit vielen Unsicherheiten behaftet, in einigen Gemeinden ganz speziell: In Chênes-Bougeries wurden wie in den anderen Genfer Gemeinden die Behörden mitten in der Krise neu bestellt. Die neue Legislatur beginnt am 1. Juni 2020. Gemeinderat Jean-Michel Karr sagt: «Das wird kompliziert!»

Denise Lachat



Von links: Beat Bucheli, Werthenstein (LU), Beat Tinner, Wartau (SG), Jean-Michel Karr, Chêne-Bougeries (GE), Jörg Kündig, Gossau (ZH).

Bilder: red.

Mieten, Parkgebühren, Verkehr

Vielerorts brechen als Folge des «Lockdowns» weitere Einnahmen weg, etwa aus Mieten für kommunale Liegenschaften wie Restaurants oder Läden, auf die die Gemeinden zur Stützung der lokalen Wirtschaft ganz oder teilweise verzichten. Oder es fehlen Einnahmen aus Parkgebühren. Gustave Muheim, Beat Tinner und Beat Bucheli sehen hier vor allem mittlere (Agglomerations-)Gemeinden betroffen. Viele hätten eigene Parkhäuser und Parkieranlagen geschaffen, um die Stadt fussgängerfreundlich zu gestalten. Helene Spiess erwähnt zudem den reduzierten Ausflugs- und Arbeitsverkehr, weil die Betriebe geschlossen sind, Kurzarbeit eingeführt haben oder die Angestellten im Homeoffice arbeiten. Fehlende Einnahmen aus den Verkehrsbetrieben betreffen neben Tourismusgemeinden vorab grössere Städte und Agglomerationsgemeinden. In der Region Lausanne decken die Einnahmen aus dem Billettverkauf immerhin 35 Prozent der Kosten, die die Gemeinden tragen müssen, wie Gustave Muheim sagt. Wenn zudem ein Verkehrsbetrieb der öffentlichen Hand keine Deckung für Kurzarbeit (Stichwort ausgedünnte Fahrpläne) erhalte, könne der Umsatz für 2020 «katastrophal» ausfallen. Denn die Löhne der Angestellten machten den Grossteil der Kosten aus.

Kultur, Sicherheit, Zivilschutz, Kommunikation und Gesundheit

Noch für längere Zeit dürften zudem die Einnahmen aus den kulturellen Institu-

trotzdem ausbezahlt. Zu Buche schlagen auch die unmittelbaren Kosten zur Bewältigung der Krise, die rasches Handeln verlangt. Jean-Michel Karr: «Wir bewilligen innert kürzester Frist Ausgaben für die Leistungen der Feuerwehr oder des Zivilschutzes, ohne uns über die Deckung der Kosten lange Gedanken machen zu können.» Mehrkosten verursachen auch die Aufgaben der Werkhöfe, die Überwachungsaufgaben der Polizei und der privaten Sicherheitsdienste, unter anderem für die Absperrungen von Seeufern oder Spielplätzen, wie Beat Tinner und Beat Bucheli bestätigen. Oder aber die Information der Bevölkerung. Jürg Marti, Gemeindepräsident von Steffisburg (BE), erwähnt in diesem Zusammenhang die Informationskampagnen der Gemeinde zur Befolgung der bundesrätlichen Anordnungen, zur Nachbarschaftshilfe, an die Eltern zum Homeschooling und zur Stützung der Wirtschaft. Und auch die Aufwendungen, um ein reibungsloses Funktionieren der Verwaltung zu garantieren:

Ausbau der IT-Infrastruktur, um neue Arbeits- und Kommunikationsformen wie Homeoffice und Videokonferenzen zu ermöglichen; Bereitstellen von Hygienematerial zum Schutz der Mitarbeitenden und der Kunden; Finanzierung der Infrastruktur der lokalen Medizentren, damit potenziell am Coronavirus Erkrankte ausserhalb der Spitalnotfälle und Arztpraxen abgeklärt werden konnten.

Was den Gesundheitsbereich anbelangt, spricht Jörg Kündig von mittel- bis längerfristig noch nicht abschätzbaren Kon-

Erwartungen an die kantonale und die eidgenössische Politik



Auf Städte und Gemeinden ist auch in Krisenzeiten Verlass. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass die kommunalen Behörden rasch reagiert und mutige Entscheide zum Schutz der Bevölkerung getroffen haben. Es braucht hier aber auch eine gelebte Solidarität unter allen Staatsebenen. Bund und Kantone sind aufgerufen, die Gemeinden in ihrem Engagement nicht alleine zu lassen.

Hannes Germann, Ständerat (SH), Präsident SGV

Es müssen vermehrt auch die Gemeinden in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Oftmals mussten wir innerhalb weniger Stunden Massnahmen umsetzen – so auch die Schulschliessung. Hier hätte ein Tag mehr schon sehr viel für Betrieb und Organisation gebracht. Zudem soll auch eine transparente Aufarbeitung erfolgen. Die Fragen «wie gut wir auf eine Pandemie vorbereitet waren resp. sind» und «was weiss die Wissenschaft genau zu Pandemien im Allgemeinen» scheinen von grosser Bedeutung – siehe die fehlende Koordination u.a. von Schutzmasken oder die Aufgabe der Sicherstellung von Beständen zur Produktion von Desinfektionsmitteln wie auch die Haltung von Medikamenten.

Jürg Marti, Steffisburg (BE), SGV-Vorstand

Um für die nächste Krise bestmöglich gerüstet zu sein, muss der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen, den Städten und Gemeinden via deren Verbände einen «Kontinuitätsplan» ausarbeiten, der für alle gilt. So wäre Artikel 8 der Bundesverfassung erfüllt.

Gustave Muheim, Belmont-sur-Lausanne (VD), Vizepräsident SGV



Eine baldige Lockerung der Massnahmen für die Wirtschaft. Eine umfassende Manöverkritik nach überstandener Krise. Keinen ziellosen Aktivismus bei den finanziellen Unterstützungsmassnahmen, sondern wirkungsorientierte Konzentration auf die grössten Verlierer der Krise.

Carmelia Maissen, Ilanz/Glion (GR), SGV-Vorstand

Gesundheit kommt vor dem Inkasso! Wir dürfen keine zweite Pandemiewelle riskieren. Der «Lockdown» hat auch gezeigt, dass im Bereich der Raumplanung nicht weiter «bis zum Gehnichts mehr» verdichtet werden darf. Es kann nicht sein, dass die Menschen aus ihren gedrängten Quartieren in die Natur ausbrechen und diese kaputt machen.

Jean-Michel Karr, Chêne-Bougeries (GE), SGV-Vorstand



Vor allem den «Lockdown» wieder geregelt lockern.

Beat Tinner, Wartau (SG), SGV-Vorstand

Der Bundesrat hat sehr schnell entschieden, und das ist grundsätzlich gut. Aufgrund dieser Entscheide und der Auswirkungen aus diesen Entscheiden stehen jetzt viele Erwartungen im Raum, auch bei den Kantonen. Der Bundesrat und die Kantone sind jetzt gefordert, zu analysieren, weiter zu entscheiden und zu begründen sowie Massnahmen für den Fortschritt einzuleiten, dies in der Auseinandersetzung mit den Parlamenten. Es darf jetzt keine Rechtfertigungspolitik folgen. Die Schweiz muss in jeder Beziehung – und schnellstmöglich – wieder handlungsfähig werden. Am Ende der Kette stehen die Gemeinden mit und bei der Bevölkerung. Ich bin stolz darauf, wie die Gemeinden diese Situation gemeistert haben und weiterhin meistern.

Renate Gautschy, Gontenschwil (AG), SGV-Vorstand

Primär muss es das Ziel sein, möglichst rasch zur Normalität zurückzukehren.

Bund und Kantone sollen ihre geplanten Investitionsprogramme auf keinen Fall reduzieren und so einen «Reparaturbeitrag» leisten - und auch die Ausgaben sollten nicht in extremis zurückgefahren werden.

Jörg Kündig, Gossau (ZH), SGV-Vorstand

Die positiven Seiten der Krise



Die gelebte Solidarität kann als positive Entwicklung betrachtet werden. Es ist schwer, abzuschätzen, wie sich diese Solidarität dann auch bei der Finanzierung des «volkswirtschaftlichen Schadens» verhält. Hier sind wir alle gefordert. Wichtig scheint mir: Im Unterschied zu früheren Krisenzeiten werden mit der Coronakrise keine Sachwerte vernichtet, sondern verschiedene Leistungen, sprich die Wertschöpfung, wurden massiv reduziert. Demzufolge braucht es u.a. auch weniger Arbeitsleistung, die allenfalls auch noch bei der Finanzierung der Coronakrise zu berücksichtigen ist.

Jürg Marti, Steffisburg (BE), SGV-Vorstand

Das Virus zeigt uns auf, dass die globale Vernetzung und das weltweite Wirtschaften, Reisen und vieles anderes sehr verletzlich sind. Erstaunlich, was so ein Virus alles anrichten kann. Es zeigt uns auch, was alles wirklich nötig ist und auf was man eigentlich verzichten könnte oder was alles nicht unbedingt in dieser Intensität sein müsste.

Beat Bucheli, Werthenstein (LU), SGV-Vorstand



Weniger Umweltbelastung, bessere Einhaltung von Hygieneregeln, Etablierung von Homeoffice, Stärkung von Solidarität und Zusammenhalt, Bewusstseinsstärkung für die Gesundheit.

Helene Spiess, Buochs (NW), Vizepräsidentin SGV

Es sind gesellschaftliche Phänomene wie Nähe, Solidarität und Ideenreichtum in einem Ausmass sichtbar geworden, wie es vor kurzer Zeit nicht denkbar gewesen wäre. Ob das auch langfristig anhält, wird sich zeigen.

Carmelia Maissen, Ilanz/Glion (GR), SGV-Vorstand



1. Vorratshaltung und Eigenproduktion von lebens- und versorgungsnotwendigen (medizinischen) Gütern werden sicherlich überdacht werden müssen.
2. Pandemie- oder Epidemieplanung wird ernst genommen und wird überprüft werden können: a. Führungsstrukturen, b. Kommunikationskonzepte, c. Verantwortlichkeiten, d. Kompetenzen, e. u.v.m.
3. Die nationalen, kantonalen und kommunalen Führungsorganisationen wurden einem Test unterzogen, und ihre Tauglichkeit kann aufgrund der Erfahrungen verbessert werden. Dabei ist auch klar, dass jede Krise anders ist und diese nicht vorausgeplant werden können. Es muss vor allem um organisatorische Vorkehrungen gehen.
4. Das Trainieren von Notfallkonzepten und -vorgehensweisen wird nicht mehr belächelt, sondern die diesbezügliche Notwendigkeit wird anerkannt.
5. In der Bewältigung von Krisen wird die Bedeutung von Kommunen und Städten, weil sie kleinräumig sind, die lokalen Gegebenheiten und ihre Einwohnerinnen und Einwohner am besten kennen, hoffentlich besser erkannt.

Jörg Kündig, Gossau (ZH), SGV-Vorstand

Wie heisst es doch: «Eine Krise kann ein produktiver Zustand sein. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.» Wir haben ein neues Welt-Virus bekommen, dieser Tatsache kann ich keine positive Seite abgewinnen. Wir haben allenfalls gesehen, was funktioniert und was nicht.

Renate Gautschy, Gontenschwil (AG), SGV-Vorstand

